

Schwerpunktsetzung der Fraktion Die Linke in den Beratungen zum Doppelhaushalt 2024/25

Wir haben am Beginn der Haushaltsberatungen analysiert, dass – in einem schwierigem finanzpolitischen Umfeld – der Senat mit dem Haushaltsplanentwurf viele Antworten offenlässt. Er setzt falsche Schwerpunkte und ignoriert zentrale Herausforderungen.

Vor allem aber stellt der Entwurf ein erhebliches Risiko für die politische Handlungsfähigkeit und die soziale Infrastruktur sowie die Investitionsfähigkeit in den Jahren nach 2025 dar. Denn er verfrühstückt nahezu alle Rücklagen und Reserven und lässt Berlin gleichzeitig auf eine Abbruchkannte in Milliardenhöhe nach Ende des Planzeitraums zulaufen.

Die Haushaltsberatungen haben gezeigt (wir haben es umfangreich abgefragt und diskutiert), dass es bisher jenseits einer weit überhöhten pauschalen Minderausgabe keine tragfähigen Ideen des Senats gibt, mit dieser Situation umzugehen.

Wir haben in den Fachausschüssen gezeigt, wo Fehlentscheidungen des Senats korrigiert werden müssen und gleichzeitig Alternativen aufgezeigt. Und wir haben dazu beigetragen, dass die Koalition bereits einige ihrer Fehlentscheidungen korrigieren musste. Eine wichtige Korrektur war dabei u.a. eine Globalsummenerhöhung für die **Bezirke um 100 Mio. Euro**.

Im Hauptausschuss setzen wir das mit ressortübergreifenden Schwerpunktsetzungen fort. Dabei geht es uns vor allem um die **soziale Infrastruktur der Stadt** über das Jahr 2025 hinaus, die **Stärkung des Gesundheits- und Pflegesystems** und ein **kommunales Neubauprogramm**. Darüber hinaus skizzieren wir einen Weg, wie mit der mittelfristigen **haushaltspolitischen Schieflage** umgegangen werden kann:

Im Einzelnen bedeutet das inhaltlich: (Übersicht im Anhang)

1. **Zentrales Thema ist für uns die Sicherung der sozialen Infrastruktur mit einer stabilen öffentlichen Daseinsvorsorge, um Berlin als solidarische Stadt weiter zu entwickeln.**

Mittelfristig bedeutet das vor allem, **einen Abbruch im Jahr 2026** zu verhindern und den AkteurInnen in diesem Bereich Stabilität und Planungssicherheit zu gewährleisten. Unser Vorschlag ist **ein Pakt für eine resiliente soziale Infrastruktur mit den freien Trägern und den Verbänden der Wohlfahrtspflege**, der Sicherheit in der Finanzierung und Tarifentwicklung, eine Zuwendungsreform einerseits und einen dynamischen Kostendeckel andererseits beinhaltet. Darüber sind wir mit den Trägern im Gespräch und dafür erarbeiten wir uns eine finanzielle Vorsorge i.H.v. mehr als **einer halben Milliarde Euro**.

Kurzfristig wollen wir falsche Schwerpunktsetzungen des Senats korrigieren:

In die **Hilfe- und Beratungsinfrastruktur im Einzelplan 11** z.B. für Wohnungslose, für Geflüchtete, für Suchtkranke, Seniorinnen und Senioren,

im Antidiskriminierungsbereich, Beratung von Schwangeren investieren wir **knapp 2 Mio.** Euro. Aus aktuellem Anlass stärken wir die Projekte, gegen Antisemitismus arbeiten mit 2 Mio. Euro zusätzlich.

In den Bezirken stärken wir ebenfalls die Hilfe- und Beratungsinfrastruktur z.B. durch eine Stärkung der Schuldner- und Insolvenzberatung sowie durch einen Aufwuchs beim Integrationsfonds von **insgesamt 5,8 Mio. Euro**. Wir stärken die kieznahe soziale Infrastruktur für alle Generationen inklusive der Sicherung bewährter Projekte aus dem Netzwerk der Wärme, Projekte und Beratungsstrukturen zur Prävention von Kinder- und Altersarmut. Wir setzen uns für eine wohnortnahe medizinische Versorgung mit Haus- und Fachärzt*innen und einen Bedarfsgerechter Ausbau der Kita- und Schulplätze auch nach 2025 ein.

2. Besonderes Augenmerk hat für uns auf diesen Feldern die Verbesserung und Sicherung der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung:

Die Defizite in der ambulanten Versorgung wollen wir durch Versorgungszentren angehen. Hierfür wollen wir eine Anschubfinanzierung für ein **Modellprojekt ein MVZ** zur Verfügung stellen. Außerdem soll die Entwicklung des **Wenckebach** – Campus als Zentrum für Ausbildung und Ambulante Versorgung gesichert werden. **Erhöhung Krankenhausinvestitionen** allgemein. Notwendige Investitionen für die **Psychiatrische Versorgung am Standort Hedwigshöhe**. Für diese Investitionen stellen wir 2025 insgesamt 31 Mio. Euro zur Verfügung. Außerdem müssen wir eine Debatte über die Entwicklung der **Pflegebedarfe**, die Situation von auf Pflege angewiesenen Menschen und ihrer Angehörigen, die Qualität und die Fachkräfte- und Ausbildungssituation führen. Dazu gehört natürlich auch die Finanzierung.

3. Weiteres zentrales Thema ist der Verbesserung der sozialen Wohnraumversorgung u.a. durch ein Kommunales Wohnungsbauprogramm mit einer Verfügungssumme von 1 Mrd. Euro jährlich.

Darüber hinaus verbessern wir die Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften sowie der klimagerechten Modernisierung mit **über 30 Mio. Euro** über beide Jahre, Wir stärken den Ankauf von klimarelevanten Flächen, stärken das kommunale Vorkaufsrecht, ermöglichen die Kommunalisierung der Habersaathstraße und stellen Mittel für den Ankauf und die Umnutzung von leer stehenden Mals zur Verfügung - **insgesamt 65 Mio. € p.a.** Außerdem wollen wir den klimagerechten Umbau in Großsiedlungen **mit 25 Mio. Euro** im Jahr fördern. Wir stellen den dritten Bauabschnitt es Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportparks sicher.

4. Für den Ausbau von Ausbildungskapazitäten und bei der Fachkräftesicherung investieren wir in eine Berliner Ausbildungsoffensive und wir legen den Grundstein für AusbildungsLABs des Landes Berlin. Damit die Ausbildungsplatzumlage auch gut umgesetzt wird, schaffen wir Stellen für ihre administrative Steuerung.

5. Im **Bildungsbereich** machen wir uns für eine bessere Betreuungsinfrastruktur der Schülerinnen und Schüler stark, indem wir das SIBUZ ausbauen, ein Landesprogramm für Schulpsychologie starten und das Personalbudget der Multiprofessionellen Teams erweitern. So fließen in 2025 insgesamt **23,2 Mio.** Euro mehr in die Schulen, wodurch auch die Lehrer*innen deutlich entlastet werden können. Außerdem machen wir uns laufend dafür stark, dass die Berliner Schulbauoffensive so ausfinanziert ist, dass es in absehbarer Zeit keine Schulplatzunterversorgung im Land Berlin mehr gibt.
6. Für den Umbau Berlins **als klimaresiliente Stadt** sind massive Investitionen erforderlich.
Wir begrüßen das beabsichtigte Sondervermögen für mehr Klimaschutz in Berlin. Die Verwendung für die Ziele des Berliner Energie und Klimaschutzprogramms 2030 und die dadurch beabsichtigte schnellere CO₂-Reduktion des Landes Berlin im Zeitraum bis 2045. Hier werden wir in den kommenden Jahren jedoch die Mittelverwendung genau beobachten, da die Koalition die nötigen Schritte z.B. im Verkehrssektor aus politischen Überlegungen nicht durchführt. Darüber hinaus ermöglichen wir den Grünflächenankauf (Kleingärten, Friedhofsflächen, Uferflächen) durch das Land mit **50 Mio. Euro** jährlich. Im Verkehrssektor erweitern wir das Leihfahrradsystem auf ganz Berlin und führen ein kostenloses Zeitkontingent ein, wofür wir 2025 **1,5 Mio. Euro** zur Verfügung stellen.
7. **Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger**
Uns ist die Handlungsfähigkeit der Bezirke enorm wichtig und deswegen stellen wir diese mit weiteren **50 Mio. Euro jährlich** aus. Dadurch sind die unbesetzten Stellen in den Bezirksverwaltungen finanziert und können zügig besetzt und die Digitalisierung vorangetrieben werden. Nur so wird es gelingen, jegliche Anträge auf Unterstützung oder Dienstleistungen von Bürgerinnen und Bürgern in angemessener Zeit zu bearbeiten. Für die Besetzung neuer Stellen braucht es einen shared service für die Akquise von Fachkräften, die in allen Berliner Bezirken gleichermaßen gebraucht werden.
8. Wir skizzieren wir einen Weg, wie mit der mittelfristigen **haushaltspolitischen Schiefelage** umgegangen werden kann und die Ausgabeseitige Abbruchkante nach 2025 gelindert werden kann:
 - 8.1. Wir stärken die Einnahmen in 2024 um 115,6 Mio. Euro und in 2025 um **120,3 Mio.** Euro:
 - a. Grunderwerbssteuer
 - b. Übernachtungssteuer
 - c. Zweitwohnungssteuer
 - d. Steuerdurchsetzung
 - 8.2. Wir erweitern exemplarisch die Finanzierungsbasis für Investitionen, in dem wir über Landesunternehmen eine Kreditfinanzierung ermöglichen. Dadurch erhalten wir eine **Haushaltsentlastung von ca. 1,2 Mrd.** Euro pro Haushaltsjahr. Exemplarisch zeigen wir das bei:

- e. Wohnungsbaufinanzierung
- f. Tegel
- g. Vivantes (Wenckebach-Klinikum)
- h. Grundstückspolitik
- i. Baumaßnahmen im SILB

- 8.2.** Wir fahren die zum Teil erheblichen Investitionen der Koalition im Sicherheits- und IT-Bereich auf ein haushaltspolitisch sinnvolles Maß zurück.
- 8.3.** Wir gewinnen so den **Spielraum, um Mittel für die Stabilisierung der sozialen Infrastruktur** für die Jahre nach 2025 zurückzulegen einen **Pakt mit den freien Trägern** und den Verbänden der Wohlfahrtspflege für eine resiliente soziale Infrastruktur.
- 8.4.** Darüber hinaus thematisieren wir immer wieder die **bundespolitischen Fehlentscheidungen** und Fesseln von Schuldenbremse bis Steuergeschenke zu Lasten von Kommunen und Ländern.